

Bonn, Mannheim, 30. Juni 2026

Presseinformation

Ökonomen warnen: EU-Fusionsreform hat zentrale Lücken

Ökonomen warnen, dass der Entwurf der neuen EU-Leitlinien zur Fusionskontrolle (Draft Merger Guidelines) noch Lücken aufweist, die bei der Prüfung von Zusammenschlüssen zu systematischen Fehlern führen können. Bei der Beurteilung von Fusionen sind künftige Kosten- und Nachfragebedingungen in der Analyse zu berücksichtigen, betonen die Forscher. Das ist beispielsweise relevant, wenn Zölle oder gestörte Lieferketten die Kosten für europäische Unternehmen steigen lassen oder wenn Produktivitätsgewinne durch KI die Kosten senken. Das EPOS Economic Research Center der Universitäten Bonn und Mannheim veröffentlicht die Details in den beiden Diskussionspapieren „Merger Control Amid Market Evolutions and Shocks: What the EU Merger Guidelines Should Say“ und „Merger Control in a Changing World“. Beide wurden von Volker Nocke, Martin Peitz und Nicolas Schutz vom EPOS Economic Research Center verfasst.

Die Europäische Kommission hat die wichtigste Reform der EU-Fusionskontrolle der letzten zwei Jahrzehnte auf den Weg gebracht und den Entwurf der neuen EU Merger Guidelines am 30. April 2026 veröffentlicht. Seitdem kann die Öffentlichkeit zu dem Entwurf Stellung nehmen, der voraussichtlich bis Jahresende finalisiert wird. Obwohl die Leitlinien nicht rechtsverbindlich sind, bestimmen sie künftig maßgeblich, wie die Kommission mögliche Zusammenschlüsse beurteilt.

„Der Entwurf der neuen Merger Guidelines ist ein echter Fortschritt“, sagt Volker Nocke. „Die Kommission erkennt Resilienz und geopolitische Risiken bei der Prüfung von Zusammenschlüssen ausdrücklich als relevante Faktoren an. Sie vernachlässigt aber einige wichtige Aspekte – insbesondere, wie Kosten- und Nachfrageverschiebungen, die das Wettbewerbsumfeld entscheidend verändern, in der Analyse einzubeziehen sind. Diese Lücken können zu systematischen Fehlern führen, sodass Fusionen zugelassen werden, die untersagt werden sollten und umgekehrt. Meine Kollegen und ich haben herausgearbeitet, wie diese Defizite behoben werden können.“

Berücksichtigung steigender Kosten durch Zölle oder Lieferengpässe

Aktuelle theoretische Forschungsergebnisse der Autoren zeigen, dass eine branchenweite negative Kostenverschiebung – beispielsweise aufgrund von Zöllen oder gestörten Lieferketten – zwar die Marktkonzentration erhöht, aber die Margen verringert. Damit senkt sie die Wahrscheinlichkeit, dass ein horizontaler Zusammenschluss zweier Wettbewerber den Verbrauchern schadet. Eine Verschärfung der Fusionskontrolle ist daher die falsche

Reaktion, wenn eine solche Verschiebung erwartet wird. Vielmehr ist die Fusion zweier großer Wettbewerber eher gerechtfertigt, wenn Kosten oder Nachfragebedingungen sich grundlegend verschlechtern – beispielsweise in der Automobilindustrie.

Berücksichtigung steigender Produktivität und sinkender Kosten durch KI

Das Gegenteil trifft zu, wenn sich die Rahmenbedingungen verbessern. Ein branchenweiter Produktivitätsgewinn oder eine Qualitätsverbesserung – zum Beispiel angetrieben durch die Verbreitung von KI – vergrößert die Margen und verstärkt gleichzeitig den möglichen Schaden einer Fusion. Das erfordert eine strengere Fusionskontrolle in Branchen, die vermutlich stark von künstlicher Intelligenz profitieren, auch wenn die Marktkonzentration sinkt.

Das Dilemma der Unsicherheit

Zukünftige Entwicklungen lassen sich jedoch in der Regel nur schwer mit Sicherheit vorhersagen und erfordern eine Bewertung der zugrunde liegenden Unsicherheit. Dieser Aspekt wird im aktuellen Leitlinienentwurf überhaupt nicht berücksichtigt. „Wenn die Richtung oder das Ausmaß der Änderung ungewiss ist, hängt die optimale Entscheidung der Wettbewerbsbehörde davon ab, welches Ziel sie verfolgt“, erläutert Nicolas Schutz. „Verfolgt sie etwa eine konservative Politik, orientiert sie sich vorrangig am ungünstigsten Szenario. Dann ist eine zurückhaltende Fusionskontrolle die logische Konsequenz. Berücksichtigt die Behörde hingegen mögliche positive und negative Entwicklungen gleichermaßen, dann spricht größere Unsicherheit für eine strengere Fusionskontrolle.“

„In der aktuellen handels- und geopolitischen Lage müssen die Fusionsentscheidungen der EU diesen Aspekten Rechnung tragen“, resümiert Martin Peitz. „Diese sollten unbedingt in den neuen Leitlinien innerhalb eines kohärenten Rahmens berücksichtigt werden. Unsere Arbeiten legen dafür den Grundstein.“

Das vorgestellte Diskussionspapier ist eine Publikation des Sonderforschungsbereichs (SFB) Transregio 224 EPoS. Die vollständige Studie finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Link zu einer [Liste aller Diskussionspapiere des SFB](#)

Autoren

Volker Nocke, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und stellvertretender Sprecher des EPoS Economic Research Centers

Martin Peitz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Centers

Nicolas Schutz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Centers

Der Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS

Der 2018 eingerichtete Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS, eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPoS befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

Kontakt:

econNEWSnetwork

Sonja Heer

Tel. + 49 (0) 40 82244284

Sonja.Heer@econ-news.de

Prof. Volker Nocke

Universität Mannheim

volker.nocke@gmail.com